

Ressort: Finanzen

Umweltbundesamt dringt auf Plan für Kohleausstieg

Berlin, 15.01.2017, 17:13 Uhr

GDN - Das Umweltbundesamt dringt auf rasche Vorbereitungen für den Kohleausstieg in Deutschland. "Es ist schon zu viel Zeit verstrichen", sagte Behördenchefin Maria Krautzberger der "Süddeutschen Zeitung" (Montagsausgabe).

"Wichtig ist, dass der Strukturwandel endlich eingeleitet wird." Nach Erkenntnissen des Umweltbundesamtes ließen sich bis 2030 die Emissionen der Energiewirtschaft halbieren, ohne dass Stromkunden dadurch stark belastet werden. Ein Gutachten der Behörde, aus dem die "Süddeutsche Zeitung" zitiert, vergleicht dazu verschiedene Varianten. So könnten sich "durch einen ordnungsrechtlichen Ansatz oder eine Verhandlungslösung" bis 2030 drei Viertel aller Braunkohlekraftwerke stilllegen. Auch ließe sich ein Höchstalter für alle Kohlekraftwerke festlegen. Nach 40 Jahren Laufzeit wäre dann Schluss, sowohl für Braun- als auch für Steinkohle. Der Staat könnte aber auch klimaschädliche Emissionen verteuern, so das Umweltbundesamt. Er könnte eine Steuer auf Brennstoffe einführen oder zusätzlich zu den Zertifikaten, die Kraftwerke schon jetzt für den CO₂-Ausstoß vorweisen müssen, einen nationalen Preis-Aufschlag von zehn Euro verlangen. In allen Varianten werde sich der Strompreis nur um 0,2 je Kilowattstunde verteuern. Für einen durchschnittlichen Haushalt macht das sieben Euro im Jahr. "Aus der Perspektive der Stromverbraucher ist es somit unerheblich, welches Instrument umgesetzt wird", heißt es in der Studie. Auch müsse bei keiner Variante Strom importiert werden - schließlich soll der Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 weiter wachsen, nach derzeitigen Regierungsplänen auf mehr als 50 Prozent. In allen Fällen würden europaweit die Emissionen sinken. Um den schrittweisen Ausstieg ohne Strukturbrüche hinzubekommen, empfiehlt die Studie einen "nationalen Kohleausstiegsplan", der entweder per Gesetz oder auf vertraglicher Basis festgelegt werden könnte. Rein rechtlich wären aber auch andere Varianten möglich. "Der Beschluss der Bundesregierung ist eindeutig: Die Kohleemissionen müssen sinken", sagte Behördenchefin Maria Krautzberger mit Blick auf den Klimaschutzplan der Regierung. "Jetzt wäre der Zeitpunkt, das konsequent anzugehen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-83883/umweltbundesamt-dringt-auf-plan-fuer-kohleausstieg.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619